An einen Haushalt

Zugestellt durch Post.at

KREMSER NACHRICHTEN

Andere lügen wie gedruckt, wir drucken, wie sie lügen!

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 1-2011

Riesen Ärger – Grüne Zone

Die Verärgerung der Bürger bei den anderen saftigen Gebührenerhöhungen der Stadt – bei Wasser, Kanal, Müll, Aufschließungsabgaben etc. (die KN berichteten) – war vergleichsweise harmlos gegenüber ihrer Verärgerung über die Einführung der Grünen Zone.

Die Bürger, insbesondere Einpendler und Besucher, fühlten sich schlecht informiert. Die Hinweistafeln waren zu unauffällig, anfangs fehlten auch die grünen Bodenmarkierungen und die Zusatzbeschriftung „gebührenpflichtig“ bei den Kurzparkzonen innerhalb der Grünen Zonenfläche.

Der Tagesparkschein um 2 €uro war noch nicht gedruckt, Parkscheinautomaten gibt es wegen Geldmangels genau so wenig wie Informationstafeln, wo man die Parkscheine kaufen kann. Ein organisatorischer Supergau, den sich der Magistrat da in dieser ohnehin emotional aufgeladenen Situation geleistet hat.

All dies bestärkte die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Überzeugung, dass es der Stadt rein um’s Abkassieren geht. Von einer vorgeschobenen Parkraumbewirtschaftung kann ja auch keine Rede sein, denn jetzt sind die angrenzenden Stadtteile Stein und Mitterau so restlos verparkt, dass sich die Bewohner kaum mehr wegzufahren trauen, da sie beim Zurückkommen keinen Parkplatz mehr finden.

Rinke & Co geht es nur um’s Zahlen, und wenn es jetzt in Stein und Mitterau Probleme gibt, ist das vermutlich der ideale Vorwand, um gleich nach den Wahlen diese Gebiete auch zur Grünen Zone zu erklären. Damit kann man dann noch mehr Autofahrer abkassieren.

Einige Zweitwohnsitzinhaber klagten, dass man ihnen Schwierigkeiten wegen der Bewohnerparkkarte machte, obwohl das NÖ Kraftfahrzeugabstellgesetz im § 4 a) diesbezüglich nicht von Hauptwohnsitz, sondern nur von „wohnen“ spricht!

Als „Stimmvieh“ bei Wahlen sind Zweitwohnsitzinhaber in Krems offenbar willkommener als beim „begünstigten“ Parken mit Bewohnerparkkarte.

Budget der Stadt Krems 2011

Ausgaben der Stadt von zirka 60 Mio. €uro. Bei Einnahmen von zirka 54 Mio. €uro ergibt das einen Abgang von knapp 6 Mio. €uro. Damit sind die Abgänge der beiden Jahre 2010 und 2011 mit zusammen 11,6 Mio. um 1,7 Mio. €uro höher als der Abgang der fünf davor liegenden Jahre 2005 – 2009 mit 9,9 Mio. Wäre da nicht die Zins- und Rückzahlungsbelastung durch die enorme Schuldenlast von zuletzt 153 Mio. €uro, könnte die Stadt ihre Aufgaben leichter meistern.

Das neue Schulzentrum hat die Finanzkraft der Stadt so überstrapaziert, dass man nur mehr schwer und wenn überhaupt, Kredit nur zu hohen Zinsen bekommt.

KLS-GR Mag. Mahrer behandelte in seiner Budgetrede die vier Wurzeln der verkorksten Situation.

1.) Sorgloser Umgang mit Geld

(Fortsetzung auf Seite 2)

Budget der Stadt Krems 2011

(Fortsetzung auf Seite 1)

1.) Sorgloser Umgang mit Geld

Hier wurde trotz erkennbarer Überschuldung der Stadt als größter Brocken ein Schulbau durchgeboxt, von dem der zuständige Landesbeamte im Gemeinderat erklärte, dass die Finanzierung ungeklärt ist.

Jetzt wird als Wahlschlager 2012 für Bgm. Rinke die Dominikanerkirche renoviert. Abzuwarten bleibt, wie viele Schulden da wieder über die KIG auf die Stadt zukommen. Die Finanzdirektion wagte dazu in der Februar-Gemeinderatssitzung keine Prognose.

2.) Skandale

Der Konkurs des Wahlkampfprojektes von 2007, die Gozzoburg, der sinnlose Ankauf wertlosen Aulandes um 4 Mio. €uro, der Wachauer-Messe-AG-Skandal und vieles andere haben tiefe Löcher in den Stadtfinanzen hinterlassen.

3.) Spekulationsverluste

25 Prozent aller Darlehen hat man in Schweizer Franken aufgenommen. Derzeit haben sich wegen des ungünstigen Kurses die Rückzahlungen enorm verteuert. Mit CMS-Swaps (Zinsspekulationen) hat man 250.000 €uro verspekuliert.

4.) Belastungen durch Bund und Länder

Die Landesumlagen für Gesundheit und Soziales werden immer teurer. Der Bund beschließt Gesetze, die die Gemeinden umzusetzen haben, ohne ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen (z. B. Kindergartenausbau).

Der Ausfall der Getränkesteuer hat die Gemeinden schwer belastet, da vom Bund wenig Ersatzmittel kamen. Hauptsache die Handelskonzerne wie Billa und Spar sowie die Gastronomie haben davon profitiert. Die Getränke wurden aber nicht billiger, wie wir alle wissen.

Das Hauptproblem des Budgets ist und bleibt aber die enorme Schuldenlast der Stadt von 153 Mio. €uro.

Dadurch ist keinerlei Spielraum mehr für notwendige Investitionen gegeben, denn die Stadt zahlte allein 2010 schon über 10 Millionen €uro an Darlehensrückzahlungen und Zinsen.

Noch schlimmer ist, dass trotz Belastungslawinen und Grüner und Blauer Zonen die Erhaltungsinvestitionen in die Infrastruktur wie Wasser, Kanal, Straßen etc. nicht mehr in ausreichendem Maße getätigt werden können, weil die Gebührenerträge zum Teil zum Budget-Loch-Stopfen zweckentfremdet werden. Damit kommen aber immer mehr und immer teurere Repara-turen in diesen Bereichen auf uns zu.

Leider verschieben Politiker aller Ebenen notwendige Reformen seit Jahren. So gibt es in Krems mit Magistrat und Bezirkshauptmannschaft zwei fast idente Verwaltungen, wobei eine leicht einzusparen wäre, aber solche Reformen bringen kein so schnelles Geld wie die Grüne Zone. Das Stadtbudget muss aber rasch saniert werden. „Also verschiebt man Reformen auf übermorgen und greift heute den Bürgern in die Tasche. Und spricht von Budgetsanierung ...“, schrieben die „Salzburger Nachrichten“ am 11.03. unter dem Titel „Bei den Bürgern spart sich’s am leichtesten“.

© Kremser Nachrichten

Müssen wir bald die letzten Cent für ein wenig Sprit opfern!

Benzinpreiswucher ohne Ende!

Neben den Belastungen durch die Stadt Krems beim Parken, Wasser etc. kommen die Menschen auch von Seiten der Ölkonzerne mächtig unter Druck. Die Spekulanten in London, Genf und den USA nehmen jede Krise zum Anlass, die Preise in die Höhe zu treiben. Und das, obwohl Saudi Arabien die Ausfälle an libyschem Öl mehr als kompensiert. Jedes: „Es könnte ja noch mehr passieren“, bringt Milliarden an Spekulationsprofiten, die unversteuert irgendwo in der Karibik bleiben.

Längst zählt nicht mehr das echte Spiel von Angebot und Nachfrage an den Zapfsäulen, wo es immer genug Angebot gibt. In der Benzinpreiskalkulation zählen auch nicht die Förderkosten des Öls, nein, nur die Profitsucht einiger Milliardäre und Konzerne.

Die Regierungen und Regulierungsinstitutionen für Energie in Europa und den USA horten Millionen Barrel Öl, setzen diese aber nicht zur Preisdämpfung ein, denn im Hintergrund freuen sich alle Finanzminister weltweit bei den hohen Ölpreisen über noch ergiebiger sprudelnde Mineralölsteuern.

Vor der nächsten Wahl nennen sie sich aber dann wieder „Volksvertreter“! Als ob Spekulanten das Volk wären!

Als Krampus im Rathaus?

Interview der Kremser Nachrichten (KN) mit GR Mag. Wolfgang Mahrer (KLS)

KN: In der NÖN wurden Sie als „Krampus im Rathaus“ tituliert, wie stehen Sie dazu?

GR Mahrer: Mit Humor! Deswegen habe ich ja auch den kleinen roten Krampus, den ich damals als Maskottchen geschenkt bekam, in den Gemeinderat mitgenommen. Aber ich fühle mich nicht so sehr als Krampus, sondern als Robin Hood der Bürger.

KN: Wie sehen Sie diese Rolle als Robin Hood im Gemeinderat?

GR Mahrer: Mir geht es darum, dass die Bürger wieder die Kontrolle über ihre Stadt erhalten und nicht von abgehobenen, weil überbezahlten, doppelverdienenden Politfunktionären gegängelt werden. Wir haben uns leider daran gewöhnt, uns regieren zu lassen, nach dem Motto, dagegen hat man eh keine Chance. Aber der Souverän unserer Stadt sind die BürgerInnen und nicht die Politiker. Das können wir von Tunesien und Ägypten lernen. Dessen sollten sich die BürgerInnen am Wahltag auch bewusst sein. Sie wählen, was fünf Jahre lang in Krems geschieht, zum Beispiel, ob es weiterhin Gebührenorgien gibt und die Leistungen trotzdem immer weniger werden. Mit meinen Anfragen, Dringlichkeitsanträgen und Debattenbeiträgen thematisiere ich das, was ÖVP und SPÖ gerne unter der Decke halten würden.

KN: Was zum Beispiel?

GR Mahrer: Die geplante Nacherhebung bei Wasser und Kanalgebühren. Wenn Bgm. Rinke sagt, es sei alles nur meine Phantasie, vergisst sie, dass es einen von ÖVP-Stadtrat Stummer initiierten gültigen Beschluss des Gemeinderatsausschusses V (Bauwesen) dazu gibt. Darüber gibt es ein Protokoll und der Beschluss kann jederzeit vom Stadtsenat umgesetzt werden. Die Auftragsvergabe durch den Stadtrat wurde im letzten Moment von ÖVP-Mandataren gestoppt, die fürchteten bei den Gemeinderatswahlen 2012 gänzlich abzustürzen.

Ich finde diese Äußerung „Phantasie“ durch Bgm. Rinke verwunderlich, da ja der gesamte Gemeinderat über diesen Beschluss informiert ist und daher alle wissen, dass nicht ich phantasiere, sondern sie mit der Wahrheit sonderbar umgeht. Aber das hat sie schon einmal 2009 mit der falschen Aussage: „Wir haben nicht spekuliert.“ getan. Der Vorteil für die Bürger ist, wenn sie jetzt sagt, alles sei reine Phantasie, kann sie nicht morgen die Nacherhebung starten, ohne ihr Gesicht restlos zu verlieren. Genau das war meine Absicht, einen Aufschub für die Bürger zu erreichen!

KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer mit dem Krampusmaskottchen

KN: Sehen sie einen Zusammenhang mit ihren zahlreichen Anfragen und Dringlichkeitsanträgen?

GR Mahrer: Ja, sicher. Je mehr ich die bürgerfeindliche Politik der ÖVP aufzeige, umso nervöser wird Bgm. Rinke. Aber sie sollte halt bei den Fakten bleiben und Halbwahrheiten meiden. Sonst glaubt ihr bald keiner mehr. Es gibt dazu ja ein altes Sprichwort.

KN: Man hat Ihnen den Besuch der von der ÖVP geführten Gemeinderatsauschüsse verboten, weil Sie Bgm. Rinke schlecht machen. Wie stehen Sie dazu?

GR Mahrer: Als Privatperson ist Frau Rinke ganz sympathisch. Als Bürgermeisterin und ÖVP-Landtagsabgeordnete ist sie die Repräsentantin der ÖVP-Politik. Diese Politik wendet sich immer mehr gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Krems. Dies beweisen die Verdoppelung der Parkgebühren in der Blauen Zone, die neue Grüne Zone, aber auch die exorbitanten Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal, Müll und Aufschließungsabgabe, so-wie die gewerblichen Abgaben für die Schanigärten etc. Sogar Ent-scheidungen des Verwaltungsge-richtshofs zu den Wasser- und Ka-nalgebühren werden laufend ne-giert. Der Bürger darf immer mehr bezahlen, auf der anderen Seite werden aber Leistungen eingeschränkt wie beim Stadtbus, AST-Taxi und anderen Dingen. Leider nickt die SPÖ alles mit ab, als wäre es nicht von Rinke sondern von Gott vorgegeben.

Nur bei den Politikerbezügen wird nicht gespart und durch Doppelbezüge wie Bürgermeistergehalt und Landtagsabgeordnetenbezug kommen Beträge jenseits der 12.000 €uro monatlich zusammen. Damit verlieren diese PolitikerInnen jeden Realitätsbezug, wenn es um Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger geht.

KN: Glauben Sie, im Gemeinderat etwas verändert zu haben?

GR Mahrer: Ja, die Belastungen werden von mir deutlich als das herausgestellt was sie sind: Eine Umverteilung von unten nach oben. Ein Griff nach dem sauer verdienten Geld der Bürgerinnen und Bürger. Vermögenssteuern für die Reichen hat man abgeschafft, den Banken die Spekulationsverluste ersetzt und dafür dürfen die „Kleinen“ über Belastungspakete von Bund und Gemeinden (z.B. Grüne Zonen) doppelt bezahlen. Das ist Klassenkampf, von oben gegen uns da unten!

Aber vieles geht nicht mehr so einfach, weil es rechtzeitig an die Öffentlichkeit kommt. So wie jetzt beim Beschluss des Bauausschusses über die Nacherfassung bei Wasser- und Kanalgebühren, wo man schnell einen Rückzieher machte.

Aus dem Gemeinderat – Anfragen und Dringlichkeitsantrag:

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die ersten 6 Anfragen, die KLS-GR Mag. Mahrer im Gemeinderat in der November-Sitzung einbrachte. Die 5. und 6. Anfrage wurde erst im Dezember wie folgt beantwortet:

1) **5. Anfrage** – Bezüglich der jahrelangen Verschleppung der Vorschreibung der Stellplatzabgabe an die Donau-Universität und der Gefahr, hunderttausende €uro für die Stadt zu verlieren.

Antwort: Die hunderttausende von Euros müssen ausgebucht werden.

2) **6. Anfrage** – Beratungstätigkeit eines Wiener Beraters, der hohe Summen von der Stadt erhalten hat, woraus aber keine erkennbaren finanziellen Vorteile für die Stadt entstanden sind.

Antwort: Besonders gelobt wurde dieser Berater für seine Hilfe beim „ausgeglichenen" Rechnungsabschluss 2009.

Dieser wurde bekanntlich aber durch die vorübergehende Einstellung der Darlehensrückzahlungen erreicht und war damit nur schöngerechnet. Diese Aussetzung ist jetzt wahrscheinlich für die restriktive Kreditpolitik der Banken gegenüber unserer Stadt mitverantwortlich.

Im Jänner 2011 folgten die Anfragen 7 und 8.

7. Anfrage – Schweizer-Franken-(CHF)-Darlehen unserer Stadt (wegen Gefährdung der Finanzstabilität)

Antwort: Zwischen 2000 und 2009 wurden insgesamt 32,8 Millionen an CHF-Krediten aufgenommen, davon sind 29 Millionen offen, dies entspricht 25 % der Gesamtschulden. Derzeit verhandelt man wegen des ungünstigen Wechselkurses, die Rückzahlung der CHF-Darlehen auszusetzen und dafür Euro-Darlehen vermehrt rückzuzahlen.

2009 hatte Bgm. Rinke noch erklärt, man habe nicht spekuliert. Für Private hat man CHF-Kredite verboten, weil sie Spekulation sind!

8. Anfrage – ist es in Ordnung, dass Räume des Feuerwehrhauses Rehberg von ÖVP und SPÖ völlig kostenfrei mitbenützt werden?

Antwort: Ja!!!

Da erübrigt sich jeder Kommentar!

In der Februar-Sitzung gab es einen Dringlichkeitsantrag und vier Anfragen durch die KLS.

Der **Dringlichkeitsantrag** verlangte, dass die **Behindertenparkplätze** für die **Sonderschule** im Parkhaus Bahnzeile gebührenfrei gestellt werden.

Die ÖVP entschied entgegen allen anderen Fraktionen nach dem Parteibuch, statt mit dem Herzen, und lehnte die Dringlichkeit und damit die Behandlung des Antrages ab!

Aber in der Zwischenzeit hatte KLS-GR Mag. Mahrer die KOBV-Ortsgruppen Krems und Stein, den Elternverein der Sonderschule und den Behindertenbeauftragten der Stadt über diese Brüskierung Behinderter seitens der ÖVP informiert. ***Jetzt wird man diese Behindertenparkplätze im Parkhaus Bahnzeile mit Behindertenausweis eine Stunde gratis benützen können!***

9. Anfrage – Nacherhebung bei Wasser- und Kanalgebühren, Beauftragung magistratsfremdem Personals zu Nachforschungen in mehreren hundert Kremser Häusern.

Antwort: Stimmt alles nicht.

Fakt und Wahrheit ist, dass seit dem 3. Februar ein gültiger Beschluss des Gemeinderatsausschusses darüber vorliegt, der jederzeit vom Stadtrat umgesetzt werden kann. In der NÖN bezeichnete Bgm. Rinke alles als reine Phantasie GR Mahrers. Offenbar kennt aber GR Mahrer die Ausschussbeschlüsse besser als die Bürgermeisterin.

10. Anfrage: Gibt es Mieteinnahmen durch die Leihradabstellplätze in Krems?

Antwort: Keine, die Überlassung der Stellflächen wird als Tourismusförderung gesehen.

Bekanntlich muss das Abfallwirtschaftsamt Krems der Stadt für die Müllinseln Miete bezahlen, welche in die Müllgebühren der Bürgerinnen und Bürger einberechnet wird. Die Landesaktion „Leihräder für Touristen" braucht keine Miete zu bezahlen. Ob dies die Kremser als gerecht empfinden?

11. Anfrage: Stadtsaal – Gibt es Rückkaufbemühungen der Stadt?

Antwort: Nein.

Bekanntlich hat die Stadt seinerzeit diesen Saal um fünf Millionen Schilling renoviert und dann um 1 (!!!) Schilling der Wachauer Messe AG „verkauft". Diese hat den Saal dann um 400.000 €uro (ca. 5,5 Millionen

(Fortsetzung auf Seite 6)

Bettelverbote bald flächendeckend in Österreich!

Wenn Armut in Form von Bettlern sichtbar wird, verbietet man das Betteln, statt die Armut zu bekämpfen. Das gab es nicht einmal im Mittelalter!!! Wie sagte Bischof Kräutler in ORF1 am 30.09.2010: „Armut wird gemacht. Da trägt jemand Verantwortung dafür." Meiner Meinung nach gilt das auch für unsere Stadt!

Gegen die Schattenseiten des Kapitalismus gibt es das Bettelverbot!

ÖGB AKNÖ

Mag. Wolfgang Mahrer
Gemeinderat der Stadt Krems
Schulstr. 21
3500 Krems

Krems, 20.12.2010

Sehr geehrter Herr Mag. Mahrer,

grundsätzlich erstellt die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich und der ÖGB keine verkehrsrechtlichen Gutachten. Jedoch ist unser Standpunkt zur Einführung der grünen Zonen in Krems folgender:

Im Hinblick auf den NÖ Kraftfahrzeugabstellgesetz ist festzustellen, dass grundsätzlich davon auszugehen ist, dass die Bevorzugung der "Wohnbevölkerung" bei der Bewilligung des pauschalierten Parkabgabe insofern sachlich gerechtfertigt erscheint, da angesichts der Parkraumknappheit in einer zentralen städtischen Lage dies einen Ausgleich für die in diesen Lagen der Bevölkerung erwachsenen verkehrsbedingten Nachteile darstellt.

In weiterer Folge zusätzlich lediglich Unternehmerinnen eventuell die Möglichkeit des Lösens einer "Bewohnerparkkarte" einzuräumen, ist durchaus lediglich zu sehen, lediglich den Anknüpfungspunkt "Betriebsstandort" als Rechtfertigung herzunehmen, erscheint in Sinne einer "der Wohnbevölkerung gleichkommenden Parkbedürfnisse" nicht ausreichend. Insbesondere wurden keine weiteren Fragestellungen zu beachten sein wie: Ist der benötigte Fahrzeug am Betriebsstandort zugelassen? Wird der benötigte KFZ mehrmals täglich zum Materialtransport eingesetzt? Wie lange wird für das Anbieten der Ware benötigt? Ist keine andere Ausweichmöglichkeit am Betriebsstandort gegeben bzw. eine öffentliche Parkgarage? Die Bevölkerungsgleichkeit einer "Bewohnerparkkarte" für Unternehmerinnen ist jedenfalls restriktiv zu betrachten.

Hierzu ist jedoch anzuführen, dass Personen im Bereich der Arbeitnehmerinnen eventuelle Situationen denkbar sind, welche einer Anknüpfungspunkt für eine von Wohnbevölkerung gleichkommendes Parkbedürfnis" darstellen könnten, wie beispielsweise eine regelmäßige Dienstzeit außerhalb der Betriebszeit von öffentlichen Verkehrsmitteln oder eine Behinderung mit Beeinträchtigung. Eine allenfalsige Abstellung auf die Arbeitnehmerinnenregelung ist im jeweiligen Einzelfall wäre hierbei ebenfalls unerlässlich, als bei der Bewilligung einer Bewohnerparkkarte allenfalls aufgrund des Betriebsstandortes. Es gilt hier ebenfalls zu hinterfragen, wann Arbeitsbeginn und -ende vorliegen, ob von der Arbeitsstätte oder vom Arbeitgeber eine Abstellmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird,...

Anzumerken ist, dass auch in Wien die Ausnahmeregelung gemäß § 45 Abs. 2 StVO 1960 entsprechend für eben angeführten Ausführungen (Ausnahmeerteilungen bei vorliegen besonderer Voraussetzungen) sowohl für Unternehmerinnen als auch für Arbeitnehmerinnen erteilt wird.

Grüne Zonen: AK und ÖGB unterstützen das Verlangen von KLS-GR Mahrer, auch ArbeitnehmerInnen die Bewohnerparkkarte bei besonderen Voraussetzungen zu gewähren

Kurz vor Weihnachten erhielt KLS-GR Mag. Mahrer eine erfreuliche Antwort von AK und ÖGB Krems auf seinen, in den letzten Kremser Nachrichten veröffentlichten offenen Brief.

Darin wird auf die Wiener Ausnahmeregelungen verwiesen, die gem. § 45 Abs. 2 STVO bei besonderen Voraussetzungen (z.B. Fehlen von öffentlichen Verkehrsmitteln zu Dienstzeitbeginn/-ende) neben Dienstgebern auch Arbeitnehmern die Bewohnerparkkarte erlauben.

„Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich und der ÖGB werden sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass im NÖ Kraftfahrzeugabstellgesetz im § 4 Absatz (4) unter einem neuen Punkt c) auch Arbeitnehmer berechtigt sein sollten, eine Pauschalierte Parkabgabe zu beantragen. Diese sollte in gleicher Höhe wie für die Gewerbetreibenden sein.“

So lautet das Versprechen am Ende dieses Schreibens von AK und ÖGB. Hoffen wir, dass damit diese Forderung nach mehr Gerechtigkeit starken Nachdruck bekommt.

Der nächste Wahlschlager: Dominikanerkirche wird renoviert

Nachdem die Umfragen für Bgm. Rinke trotz medialer Dauerpräsenz nicht wie erhofft ausfallen, musste LH Pröll rasch für einen markanten Wahlschlager für 2012 sorgen. Wissend, dass den Kremserinnen und Kremsern ihre alte Stadt am Herzen liegt, überraschte man den Gemeinderat und die Magistratsbeamten mit dem Projekt der sofortigen Renovierung der Dominikanerkirche.

War diese 3,2 Mio. €uro teure Renovierung von der Stadt eigentlich erst in ca. fünf Jahren geplant, wurden überfallsartig seitens des Landes 1,6 Mio. €uro an Denkmalschutzförderung bereitgestellt.

So rasch geht es nur, wenn man angesichts der Gemeinderatswahl 2012 verzweifelt etwas zum pompösen Eröffnen für Bgm. Rinke braucht.

Es geschah so unerwartet und kurzfristig, dass LH Pröll noch vor dem Beschluss im Gemeinderat das Projekt im ORF vorstellte. Planungs- und Finanzierungsunterlagen im Detail waren als Vorbereitung für den Gemeinderatsbeschluss keine vorhanden, sodass auch die Finanzdirektion des Magistrats über die kurze Zeit zur Stellungnahme (ein Tag) klagte und die zusätzliche Belastung der Stadt über weitere Darlehensaufnahme der stadteigenen Kremser Immobiliengesellschaft (KIG) kritisierte.

Die Finanzdirektion hätte eine genauere Prüfung des Projektes vor dem Vertragsabschluss mit dem Land bevorzugt. Der Finanzdirektion liegen die von der Stadt zu tragenden Millionenschulden aus dem Konkurs der „Gozzoburg-Gesellschaft“ noch im Magen. Die Gozzoburg-Renovierung war bekanntlich der letzte ÖVP-Wahlschlager zur Gemeinderatswahl 2007.

Möge dem Dominikanerkloster jetzt ähnliches erspart bleiben, denn es ist als Kloster vor mehreren hundert Jahren schon einmal Pleite gegangen, wie StR Chaloupek im Gemeinderat dazu anmerkte.

Sprechstunden

des KLS-Gemeinderates Mag. Wolfgang Mahrer

jeden Montag von 16:00 bis 17:00 Uhr
in den Räumen der Bezirksleitung der KPÖ
3500 Krems, Obere Landstraße 8 oder
nach telefonischer Vereinbarung unter 0664/524 98 62

Die finanzielle Schieflage von Krems

Bei der Budgetdebatte wies KLS-GR Mahrer auf die Gefahr hin, dass Krems keine oder nur mehr teure Darlehen bekommen wird. Damals hat man so getan als wäre dies ein Märchen. Jetzt gab es einen Bericht über die aktuelle Situation bei Darlehensaufnahmen seitens der Finanzabteilung, der GR Mahrer vollinhaltlich bestätigt. Es ist extrem schwierig geworden, Darlehensangebote für Krems zu bekommen.

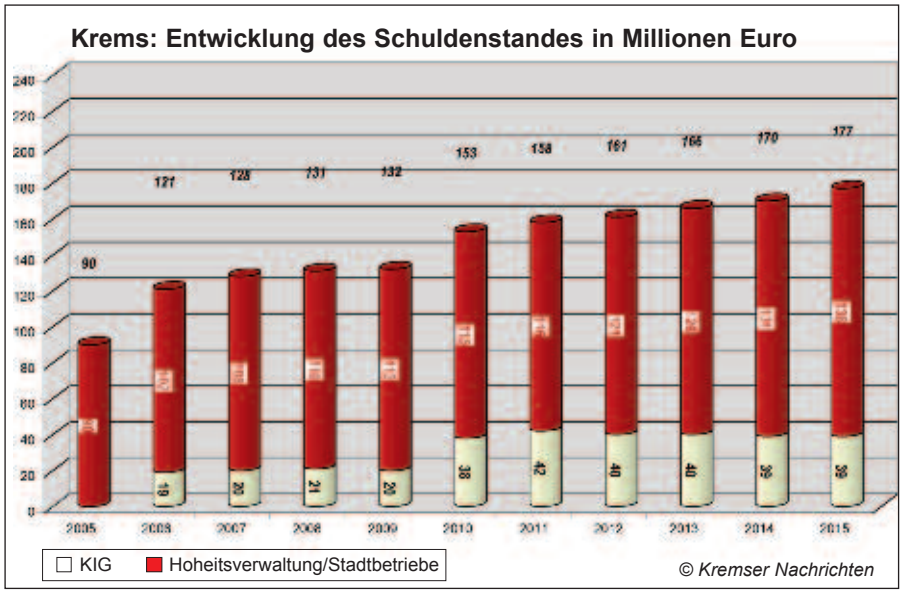
Der dramatische Anstieg der Ver-schuldung in den drei Jahren von Bgm. Rinke um knapp 30 Millionen €uro oder 20 Prozent, die diversen Skandale, die Fehlspekulationen mit CMR-Swaps (Zinsspekulationen) und die Schweizer Frankendarlehen (CHF), welche 25 Prozent der Ge-samtverschuldung von knapp 160 Millionen €uro ausmachen, belasten die Kreditwürdigkeit der Stadt weit über das übliche Maß hinaus.

Das mutwillige Aussetzen der Darlehensrückzahlungen, nur um für 2009 einen ausgeglichenen Rechnungsabschluss vorzutäuschen, fällt unserer Stadt jetzt auf den Kopf. Genau das gilt auch für die beabsichtige Aussetzung der Rückzahlung bei den CHF-Darlehen, auch wenn man dafür Euro-Darlehen verstärkt tilgen will.

Leider sieht die ÖVP unter Rinke die städtische Immobiliengesellschaft (KIG) nach wie vor als Instrument, um Schulden zu verstecken und leichter an Kredite zu kommen. Im Jahr 2010 sind durch das Schulzentrum die Schulden der Stadt in einem Jahr um 16 Prozent explodiert.

Die pro-Kopf-Verschuldung beträgt 2011 damit 6.500 €uro! Das ist negative Spitze unter Österreichs Städten. Das hat es so noch nicht gegeben. Die Budgetprognose besagt, dass 2015 die Schulden trotz Sparkurs und Gebührenwucher auf 177 Mio. €uro steigen werden. Damit hätten sich die Schulden in 10 Jahren fast verdoppelt!

Von einer durch mich vorgeschlagenen Resolution an Finanzminister Pröll, um günstigere Finanzierungen seitens der **Nationalbank zu bekommen**, wollte man aber im Gemeinderat nichts wissen. Lieber ließ Bgm. Rinke, weil von der ÖVP-Zentrale per Mail so bestellt (Kopie liegt den KN vor), eine



Anfang Dezember konnte KLS-GR Mag. Mahrer beim Kongress der Europäischen Linken in Paris mit Oskar Lafontaine (Fraktionschef der Linken im Saarland) über Lösungsmöglichkeiten für die Finanzierungskrise der Kommunen diskutieren.

Aus dem Gemeinderat – Anfragen und Dringlichkeitsantrag:

Über die Arbeit unseres KLS-Mandatars im Gemeinderat – Mag. Wolfgang Mahrer

(Fortsetzung von Seite 4)

Schilling) an den Besitzer des Donau-(Park)-Hotels weiterverkauft. Dieser verlangt jetzt über 1 Million EURO! So wirtschaftet die ÖVP!

12. Anfrage: Ist ÖVP-Reklame auf der Infotafel der Stadt beim Rathaus eine Aufgabe der Stadt?

Antwort: Ja, als Bürgermeisterin darf sie über ihre Aktionen berichten.

Der Bildtext zur Verteilung von Blumen am Valentinstag lautete: „Ein Blumengruß für die Kremser – Bürgermeisterin Rinke verteilte am Valentinstag in der Fußgängerzone mit ihrem ÖVP-Team Karl Klein, GR Sonja Hockauf-Bartaschek und Johann Lindenhofer bunte Frühlingsboten.“ Für solche ÖVP-Werbung beschäftigt Bgm. Rinke eine Presseabteilung, die die Stadt 160.000 €uro im Jahr kostet!

Bürgerspitalsskandal – noch einmal prüfte der Rechnungshof

Bei der Diskussion des Rechnungshof-Folgeberichtes zum Bürgerspitalsskandal erklärte Bgm. Rinke, sie habe das Geld nicht verludert. Aber so einfach ist die Sache nicht, dass sie sich als ÖVP-Frontfrau so einfach abputzen kann. Wer trägt denn die Verantwortung für diesen Skandal? Die ÖVP als Ganze sowohl in Krems wie auch im Land.

In Krems hat seinerzeit die ÖVP unter Bgm. Wittig die Ausgliederung aus dem Stadtrechnungskreislauf durch Verselbstständigung der Stiftung beschlossen. Damit waren dem Gemeinderat und dem Kontrollamt die Prüfmöglichkeiten entzogen.

Später war ein von ÖVP-Bürgermeister Grabner bestellter „Vertrauensmann“ als Geschäftsführer und Leiter der Stiftung tätig, mit dem man sich jetzt vor Gericht herumschlägt. Den ließ die, von der ÖVP dominierte Stiftungsaufsicht des Landes offenbar bis zur Pleite gewähren und Bgm. Hölzl vertraute fatalerweise beiden. Vermutlich, weil es halt bei Parteifreunden so üblich ist. Die immer wieder zitierten 165 ha Grundbesitz waren übrigens schon 1996 zur Hälfte verscherbelt, sodass man Bgm. Hölzl dafür und für die dadurch eingetretene Überschuldung nicht die Schuld geben kann. An der Landesaufsicht wäre es gelegen gewesen, rechtzeitig stopp zu sagen, um eine Überschuldung zu verhindern. Der Rechnungshof (RH) bezweifelte übrigens die Überschuldung und damit die Notwendigkeit, alle Altenheime, noch dazu ohne gültige Ausschreibung, an Senecura zu verscherbeln.

Der RH empfahl, Nachforderungen von mehreren Millionen Euro gegenüber Senecura, die aber von Bgm. Rinke nie ins Auge gefasst wurden. Insofern hat Bgm. Rinke zwar nichts verludert, aber bei der Schadensbegrenzung war sie es, die laut RH geschludert hat. Statt Nachforderungen der Stadt hat Senecura sogar vom Land NÖ zweistellige Millionenbeträge als Förderung erhalten. Wieso hat man der öffentlichen Kremser Bürgerspitalsstiftung nicht geholfen, sondern nur Private gefördert? Dass dies so nur im System der ÖVP-NÖ möglich ist, arbeitete KLS-GR Mahrer in seinem Debattenbeitrag in der Jänner-Gemeinderatssitzung klar heraus. Bgm. Rinke geriet ob dieser Majestätsbeleidigung gegenüber der ÖVP ziemlich aus der Fassung. Aber sie sollte endlich einmal seitens der ÖVP die Verantwortung für diesen größten Skandal der Stadt übernehmen und nicht alles weiterhin vertuschen.

Schulzentrum

In unserer Berichterstattung zum Schulzentrum konnte der Eindruck entstehen, die Pläne dazu gingen auf Bgm. Hölzl zurück. Der ursprüngliche Plan unterschied sich jedoch grundlegend gegenüber dem von Bgm. Rinke durchgepeitschten Projekt. Die Renovierung der drei alten Schulen hätte 14 Mio. €uro gekostet, der Neubau am Gelände der Österreichhallen **kostete** 19 Mio. **Mit dem ursprünglichen Plan** wären auch keine Parkplätze vernichtet worden und das 5 Mio. teure Parkhaus Bahnzeile, zu dessen Finanzierung die Grünen Zonen dienen, hätte man sich erspart. Als Bauträger waren die Schulgemeinden geplant und die Baukosten samt den dafür nötigen Darlehen hätten sich auf mehrere Gemeinden verteilt. Umständlich wäre es in der Beschlussfassung geworden, aber dafür könnten jetzt die Schulgemeinden nicht ihre Kinder lieber in „billigere“ Schulen anderer Gemeinden schicken, sodass über 100 Schulplätze freistehen und dadurch die entsprechenden Schulbeiträge zur Refinanzierung der von Krems (KIG) aufgenommenen Darlehen fehlen.

Übrigens meldete die **Zeitung „Heute“** am 07. 03. 2011 **„Neue Schule in Krems: Alle sind unzufrieden!** – Lehrer & Schüler bemängeln teures Buffet, schlecht belüftete Toiletten und Werkräume ohne Werkzeug.“

Nach den alten Plänen hätte man unter der Bahn einen Durchstich der Utzstraße zu einem Kreisverkehr an der B3 geplant und damit endlich eine direkte Bus- und LKW-taugliche Stadtzufahrt geschaffen. Die jetzigen zwei Kreisverkehre (einer noch in Planung) in der Heinemannstraße sind keine Problemlösung dafür, dass die Bahnunterführungen Heinemannstraße und Austraße keine 4 m Durchfahrtshöhe haben und sie daher von Bussen/LKWs nicht benutzt werden können. **Mit ihrer Variante** hat Bgm. Rinke alle Schulden alleine bei der stadteigenen Kremser Immobiliengesellschaft (KIG) angesammelt. Dies hat einen Anstieg der Verschuldung der Stadt im Jahr 2010 um 21 Mio. auf insgesamt 153 Mio. €uro bewirkt. Als Problem blieb nach den alten Plänen der Wegfall der ohnehin überalterten Österreichhallen. Aber man hätte ja die nicht benötigten 5 Mio. Baukosten des Parkdecks Bahn-zeile bei einem dringend benötigten Veranstaltungszentrum zuschießen können. Damit hätte man vielleicht endlich den dafür lang gesuchten In-vestor gefunden.

KULTUR MITTE
3500 KREMS – OBERE LANDSTRASSE 8

Ausstellung "Farbenspiel – Keramische Lichtobjekte" von Wolfgang Parizek

Franz Kral, Wolfgang Parizek und Mag. Hubert Höllebauer bei der Eröffnung

Wie immer herrschte auch am 18.02.2011 in der Kultur Mitte Krems großer Andrang bei der Vernissage zur Ausstellung "Farbenspiel – Keramische Lichtobjekte" von Wolfgang Parizek. Franz Kral konnte neben den zahlreichen Freunden der Kultur Mitte die Gemeinderätin Helgard Rodriquez und die Gemeinderäte Anton Birkner und Mag. Wolfgang Mahrer und den ehemaligen Kulturstadtrat Frühwirth begrüßen.

Mag. Hubert Höllebauer bezeichnete die sich laufend farblich verändernden Effekte der aus Raku-Keramik bestehenden Lichtobjekte als "entschleunigtes Feuerwerk". Einen besseren Vergleich hätte man nicht finden können. Hat man sich erst mal die Zeit genommen und sich auf das sich gemächliche Ändern der Lichteffekte eingelassen, zieht einem die Faszination dieses Licht-Farbspiels ganz in ihren Bann.

2. Kremser Poetry Slam

Wie im Vorjahr war auch heuer der Poetry Slam in der Kultur Mitte etwas ganz besonderes. Der Publikumsandrang war auch entsprechend groß. “Poetry Slam“ (zu Deutsch: Dichterwettstreit) ist ein literarischer Vortragswettbewerb, eine "Dichtung aus dem Publikum für das Publikum", in dem selbst geschriebene Texte innerhalb einer bestimmten Zeit (meist fünf Minuten) einem Publikum vorgetragen werden. Bewertet wird neben dem Text jedoch auch die Qualität des Vortrages. „Den Texten soll das Leben eingehaucht werden, das ihnen bei traditionellen Lesungen fehlt“, lautet die Definition von Etrit Hasler, einem Siam-Pionier aus St. Gallen.

Slam-Master „Tschif“ (Günther Windisch) moderierte in bekannt guter Manier das Programm, welches von den 12 dichtenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestaltet wurde. Aus Krems und Umgebung, Wien und Graz kamen die TeilnehmerInnen, die oft tosenden Applaus erhielten. Die Beiträge wurden von einer Publikumsjury bewertet. Die Entscheidung fiel erst in einem zweiten Durchgang, den Andi Pianka knapp vor Andreas Plammer (beide Wien) gewann.

Von Links nach Rechts: Franz Kral, Slam-Master Günther „Tschif“ Windisch, Klaus Bergmaier, und die Teilnehmer – Schlacher Franz (Krems), **Pianka Andi (1. Platz, Wien)**, Krakhofer Susanne (Krems), Wittmann Fritz (Hofstetten), Sabitzer Barbara (Wien), El Awadalla (Wien), Denk Simone (Elsarn), **Plammer Andreas (2. Platz, Wien)**, Strohal Gerd (Krems) Dr. Aspöck Ruth (Wien), Schreiner Karl-Heinz (Horfarth), **Inlejnda Sigi (3.Platz, Graz)**

Impressum: Eigentümer, Verleger, Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Bezirksleitung Krems. Verantw. Redakteur: Franz Kral, alle 3500 Krems, Obere Landstraße 8.
Offenlegung und Bekanntgabe der Blattlinie: Die alleinige Verlegerin dieses Mediums ist die Kommunistische Partei Österreichs, Bezirksleitung Krems. Diese Druckschrift strebt die Information der Bevölkerung über gesellschaftspolitische Probleme, insbesonders über kommunale Fragen in der Gemeinde an und tritt unter anderem für die Verstärkung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Hebung der Lebensqualität der BewohnerInnen ein.